



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 15.08.2016

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.06.2016, 15:05 Uhr bis 19:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ira Sommer	CDU	Vertretung für Frau Gordes
Herr Michael Frenzel	SPD	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	bis 19.00 Uhr
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	Vertretung für Herrn Struwe, bis 18.50 Uhr
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU	ab 15.15 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	bis 19.10 Uhr
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Frau Luisa Schwab	Grüne	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD	bis 18.10 Uhr
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN	bis 18.05 Uhr
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln	
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	bis 18.00 Uhr
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	
Herr Oliver Krems	SPD	
Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU	bis 19.10 Uhr
Herr Lothar Müller	DIE LINKE	

Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU
Herr Laurens Wellmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14 bis 18.00 Uhr
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik bis 18.50 Uhr

Verwaltung

Herr Dr. Günter Bell	Behindertenbeauftragter
Herr Uwe Bracke	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Rita Höppner	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Mona Jansen	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Christiane Jäger	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Frau Regina Ottmar	Bauverwaltungsamt
Frau Angela Stolte-Neumann	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Hans Martin Wolff	Stadtplanungsamt
Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt

Gäste

Frau Beckmann (KVB)

Schritfführerin

Frau Marianne Michels Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgit Gordes	CDU
Herr Rafael Christof Struwe	SPD

Beratende Mitglieder

Frau Judith Wolter	pro Köln
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	auf Vorschlag der SPD
Herr Sascha Korinek	LSVD Ortsverband Köln e.V.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel eröffnet die 17. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020 und begrüßt die Anwesenden. Er verliest die Änderungen zur Tagesordnung und fragt an, ob seitens der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses weitere Änderungswünsche vorliegen.

RM Kienitz macht für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf zu den Vorlagen unter TOP 10.1 –Glashüttenstraße- und TOP 10.11 –Casino Köln- geltend. Da er wisse, dass die SPD zu TOP 10.1 Fragen stellen möchte, erkläre er sich einverstanden, dass der TOP aufgerufen, jedoch nicht diskutiert werde. Hinsichtlich des Casinos verweise er auf die Diskussion im Liegenschaftsausschuss und den dort gestellten Fragen. Nach deren Beantwortung könne die Fortführung des Verfahrens ggf. über eine Dringlichkeitsentscheidung legitimiert werden.

RM Sterck meldet für die FDP Beratungsbedarf zu TOP 12.2 –Gaedestraße- und TOP 14.1 –Möbelmarkt Poll- an. Ferner schlägt er in Anbetracht der von der Verwaltung zurückgestellten Vorlage zu TOP 6.1 –Umsetzung STEK Wohnen- vor, auch die im Zusammenhang stehenden Anträge zu TOP 6.1.1 und 6.1.2 sowie die Mitteilung zu TOP 6.1.3 zu vertagen.

RM Jahn bittet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Vertagung der Vorlage zu TOP 10.10 –Am Fettenhof-.

SE Zimmermann äußert seinen Unmut darüber, dass noch keine Antwort vorliege zu seiner Anfrage aus der letzten Sitzung „Neue Flächen für den Wohnungsbau“.

Beigeordneter Höing sagt eine kurzfristige Erledigung zu.

RM van Geffen beantragt eine Vertagung der als Tischvorlage eingebrachten Mitteilung zu TOP 1.5 –Kriterien für digitale Werbung-.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung; diese wird einstimmig angenommen. Somit ergibt sich nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Bautätigkeiten am Theo-Burauen-Platz
hier: Mündliche Anfrage des SE Röttger-Schulz aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.04.2016, TOP 18.3
1806/2016
- 1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage des SE Zimmermann zum Butzweiler Hof aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.04.2016
1763/2016
- 1.3 Sachstand Kunst- und Gewerbehof Deutz-Mülheimer-Straße 127 - 129
Nachfragen von RM Jahn und Frenzel zur Sitzung am 10.03.2016
1731/2016
- 1.4 Niehler Gürtel
hier; mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 01.03.2016, TOP: 8.2 sowie Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 10.03.2016, TOP: 2.1, AN 0473/2016
1948/2016
- 1.5 Werbenutzungsvertrag: Kriterien für digitale Werbung
Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 28.04.2016, TOP 2.2
AN/0797/2016
2192/2016
zurückgestellt

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Überbauung von Supermärkten mit Wohnraum
Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.06.2016
AN/1077/2016
- 2.2 Erweiterung des RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2016
AN/1127/2016
- 2.3 B-Plan-Verfahren Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf: weiteres Verfahren
Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.06.2016
AN/1141/2016

2.4 Neuaufstellung des Regionalplans
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und der Piraten vom 20.06.2016
AN/1184/2016

2.5 Städtebauliches Planungskonzept „Ehemaliger Güterbahnhof“ in Köln-Mülheim;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2016
AN/1205/2016

3 Anträge

3.1 Grünfraß stoppen – Denkmalschutz stärken!
Antrag der Gruppe Deine Freunde vom 27.04.2016
AN/0819/2016

3.2 Fläche für Open-Air-Veranstaltungen identifizieren
Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2016
AN/1020/2016

3.3 Neubrück weiterentwickeln!
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2016
AN/1079/2016

3.4 Schulstandort Deutzer Feld verwirklichen – Verhandlungen aufnehmen - Planungsrecht anpassen!
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2016
AN/1082/2016

3.5 Verkaufs- sowie Vermietungs- und Verpachtungsmoratorium im Bereich Rols-
hover Straße, Wiersbergstraße, Kalker Hauptstraße sowie nördlich Dillenbur-
ger Straße in Köln-Kalk
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD- und CDU-Fraktion, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion vom
16.06.2016
AN/1160/2016

Der Antrag wird ersetzt durch eine Neufassung vom 16.06.2016, dem die
SPD-Fraktion beigetreten ist.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

4.1.1 Werkstattverfahren "Deutzer Hafen" -mündliche Präsentation-

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Konzept zur Einrichtung eines kommunalen Ökokontos für Köln 0241/2016

5.2 Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der geplanten Ortsumgehung Meschenich (B 51n) 1568/2016

5.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020 0990/2016

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015 zurückgestellt

6.1.1 Gebiet "Im Kreuzfeld" jetzt entwickeln! Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2016 AN/0184/2016 zurückgestellt

6.1.2 Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2013 AN/1485/2013 zurückgestellt

6.1.3 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040 0857/2016 zurückgestellt

6.1.4 Umsetzung STEK Wohnen Hier: Beschlussvorlage Neue Flächen für den Wohnungsbau (Session-Nr. 1028/2015) 1482/2016 zurückgestellt

- 6.2 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1
- 6.3 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
0183/2016
- 6.4 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
Hier: Ernennung von Beiratsmitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Veedelsbeirat Lindweiler
0832/2016
- 7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 7.1 216. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1508/2016
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Ehemaliger Güterbahnhof" in Köln-Mülheim;
Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung,
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
0927/2016
- und
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 27.04.2016
AN/0818/2016
- 8.2 Städtebauliches Planungskonzept für den Bebauungsplan
Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim;
hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1599/2016
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligun-**

gen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept Robertstraße in Köln-Kalk:
Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung;
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes;
Beschluss über Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens auf Grundlage von § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) (vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB 1507/2016
- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz; Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1591/2016
- 9.3 Städtebauliches Planungskonzept "Euroforum Nord in Köln-Mülheim, 1. Änderung";
Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1644/2016
- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 74399/04
Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz
3552/2015
zurückgestellt
- 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord
0690/2016
- und
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2016
AN/1207/2016
- 10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69454/02
Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk
1493/2016

- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord
1532/2016
- 10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "Nördlich Colonus" in Köln-Neustadt/Nord
1567/2016
- 10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
1405/2016/1
- 10.7 Beschluss über die Ablehnung des Antrages auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Alsdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
1407/2016
- 10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen
1516/2016
- 10.9 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB
Arbeitstitel: Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West in Köln-Lindenthal
1669/2016
- 10.10 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Am Fettenhof in Köln-Bocklemünd
1885/2016
zurückgestellt
- 10.11 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "Casino Köln" in Köln-Deutz
1452/2016
zurückgestellt

- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
 - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nummer 75498/02
Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück
0996/2016
 - 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67409/04
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 1. Änderung - Schulstandort (Hinweis: ehemals 2. Änderung)
1521/2016
zurückgestellt
 - 12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 5843/03
Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf
1540/2016
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**
- 14 Aufhebung von Bebauungsplänen**
 - 14.1 Aufhebung des Einleitungsbeschlusses eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für einen Möbelmarkt
Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll
1034/2016
zurückgestellt
- 15 Sonstige Satzungen**
- 16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**
- 17 Mitteilungen**
 - 17.1 Ergebnis des Wettbewerbes MesseCity
0803/2016
 - 17.2 Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal aus der Sitzung vom 07.12.2015, TOP 8.1.4 Planung der drei beschlossenen weiterführenden Schulen im Stadtbezirk Lindenthal - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/1799/2015);
hier: Stellungnahme der Verwaltung zu Unterpunkt 4. (Parkplatz P 6)
1509/2016

- 17.3 "Veranstaltungsreihe Kölner Perspektiven zur Strategischen Stadtentwicklung"
1535/2016
- 17.4 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"
1607/2016
- 17.5 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil
1148/2016
- 17.6 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig
1670/2016
- 17.7 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Beschlussvorlage Neue Flächen für den Wohnungsbau (Session-Nr. 1028/2015)
1758/2016
- 17.8 Neue Kölner Statistik 1/2016
Kölner Baurekord: Fast 4.000 neue Wohnungen in 2015
1899/2016
- 17.9 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016
- 17.10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)
1742/2016
- 17.11 Vergabe städt. Gewerbe- und Industrieliegenschaften
1784/2016
- 17.12 Sachstand Regionale Standortsuche Frischezentrum
1929/2016
- 17.13 Vertragsabschluss zur Ansiedlung der Zurich Gruppe Deutschland in Messe-City Deutz
1980/2016

- 17.14 Bauvorhaben "Casino" am Ottoplatz in Köln-Deutz
hier: Auslobung eines begrenzten Architektenwettbewerbes
1960/2016
- 17.15 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016
1347/2016
- 17.16 Hallen Kalk
2082/2016
- 17.17 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen"
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016
- 17.18 Erweiterung des "RheinEnergieSportparks" in Köln-Sülz; hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung der 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal und zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Erweiterung RheinEnergieSportpark"
2187/2016

18 Mündliche Anfragen

- 18.1 Mündliche Anfrage von RM Roß-Belkner zu den Sportplätzen in Rondorf
- 18.2 Mündliche Anfrage des SE Wortmann zum Beteiligungsverfahren Parkstadt Süd

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 14.03.2016
1550/2016

25 Sonstige Vorlagen

26 Mitteilungen

26.1 Zusatzgeschäft mit Außenwerbeplätzen
1590/2016

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Bautätigkeiten am Theo-Burauen-Platz hier: Mündliche Anfrage des SE Röttger-Schulz aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.04.2016, TOP 18.3 1806/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage des SE Zimmermann zum Butz- weiler Hof aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.04.2016 1763/2016

SE Zimmermann hält an seiner Auffassung fest, der Stadtentwicklungsausschuss sei in dieser Sache unzureichend informiert worden.

1.3 Sachstand Kunst- und Gewerbehof Deutz-Mülheimer-Straße 127 - 129 Nachfragen von RM Jahn und Frenzel zur Sitzung am 10.03.2016 1731/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.4 Niehler Gürtel hier; mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 01.03.2016, TOP: 8.2 sowie Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 10.03.2016, TOP: 2.1, AN 0473/2016 1948/2016

RM van Geffen fragt ergänzend, ob die Verwaltung eine Priorisierung der verschiedenen Varianten vornehmen werde und wann die entsprechende Vorlage in den politischen Beratungslauf eingebracht werde.

Beigeordneter Höing antwortet, die Prüfung der neu in die Diskussion eingebrachten Variante sei sehr aufwändig und die Verwaltung habe noch recht viele Prüfaufträge abzuarbeiten. Dennoch hoffe er, dass er die Vorlage kurz nach der Sommerpause vorstellen könne.

1.5 Werbenutzungsvertrag: Kriterien für digitale Werbung Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 28.04.2016, TOP 2.2 AN/0797/2016 2192/2016

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Überbauung von Supermärkten mit Wohnraum Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.06.2016 AN/1077/2016

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

2.2 Erweiterung des RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2016 AN/1127/2016

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

RM Jahn hat noch eine Ergänzung zu Frage 4, betreffend die Nutzungen. Hierzu bittet sie um Auskunft, welche Möglichkeiten es gebe, Verwaltungseinheiten außerhalb des „Geißbockheim-Ensemble“ unterzubringen.

2.3 B-Plan-Verfahren Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf: weiteres Verfahren Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.06.2016 AN/1141/2016

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

2.4 Neuauufstellung des Regionalplans Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und der Piraten vom 20.06.2016 AN/1184/2016

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

2.5 Städtebauliches Planungskonzept „Ehemaliger Güterbahnhof“ in Köln- Mülheim; Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2016 AN/1205/2016

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

RM Jahn bittet darum –sofern möglich- die Anfrage mündlich bei Beratung der Vorlage zu TOP 8.1 zu beantworten.

3 Anträge

3.1 Grünfraß stoppen – Denkmalschutz stärken! Antrag der Gruppe Deine Freunde vom 27.04.2016 AN/0819/2016

SE Zimmermann begründet den Antrag.

SE Brock-Mildenberger und RM Jahn betrachten den Antrag als erledigt, weil alle dort angeführten Aufgaben bereits im Verfahren seien.

Nach kurzer Diskussion zieht SE Zimmermann den Antrag zurück.

3.2 Fläche für Open-Air-Veranstaltungen identifizieren Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2016 AN/1020/2016

RM Kienitz begründet den Antrag.

RM Pakulat ergänzt, die Jahnwiese dürfe im Grunde nicht mehr für Veranstaltungen genutzt werden.

RM Dr. Bürgermeister unterstützt den vorliegenden Antrag. Sie regt an, den Antrag um die Prüfung weiterer Kapazitäten bestehender Veranstaltungsorte zu ergänzen. Das bedeutet, die Verwaltung möge untersuchen, ob beispielsweise das Stadion intensiver genutzt werden könne.

RM Jahn entgegnet, ihr gehe es um Veranstaltungsorte, bzw. Flächen, mit besonderer Atmosphäre.

Beigeordneter Höing dämpft allzu hohe Erwartungen an diesen Auftrag. Die Verwaltung habe bereits des Öfteren nach geeigneten Flächen gesucht. Dies habe sich stets als schwierig erwiesen. Selbstverständlich werde er aber erneut diesem Auftrag nachkommen.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt zunächst den mündlichen Ergänzungsantrag von Frau Dr. Bürgermeister zur Abstimmung:

1. Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit bestehende Veranstaltungsorte wie beispielsweise das Stadion intensiver genutzt werden könnten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

Anschließend stellt stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel den (ungeänderten) Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

2. Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten geeignete Flächen zu identifizieren, die sich für Open-Air-, Zirkus-, Manegen-Kunst- und Variétéveranstaltungen eignen.
2. Als Bewertungskriterien sind die Beschaffenheit, das Fassungsvermögen, die Eigentumsverhältnisse, die Verkehrsanbindung, die Umweltauswirkungen und die Lärmemissionen zu berücksichtigen.
3. Die Ergebnisse über alle geprüften Flächen werden zeitnah dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie ggf. weiteren zuständigen Ausschüssen dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Neubrück weiterentwickeln! Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2016 AN/1079/2016

SE Krems begründet den Antrag und wirbt um Zustimmung.

RM Jahn weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Kalk eine Wohnbebauung in diesem Bereich aus Klimaschutzgründen ablehne. Ferner möge die Diskussion in Zusammenhang mit dem ebenfalls zur heutigen Sitzung vorliegenden STEK Wohnen und im Rahmen der Regionalplanänderung geführt werden.

RM Weisenstein begrüßt die Zielrichtung des vorliegenden Antrags. Man dürfe auch nicht außer Acht lassen, dass auf dem Areal bereits temporäre Bauten für die Unterbringung von Flüchtlingen errichtet worden seien. Allerdings müssten vordergründig zunächst die klimatechnischen Probleme ausgeräumt werden. Daher bittet er die antragstellende Fraktion, den Antrag um eine Runde zu schieben.

RM Sterck kann sich grundsätzlich eine Bebauung des Areals vorstellen, hält den Antrag inhaltlich jedoch für überfrachtet. Er schließt sich dem Vorschlag von Frau Jahn an, den Antrag gemeinsam mit dem STEK Wohnen und der Regionalplanänderung zu behandeln.

RM Kienitz schlägt ergänzend vor, die Verwaltung möge das Plangebiet in den Flächenpass einarbeiten. Anschließend möge der Antrag erneut zur Beratung in die Bezirksvertretung Kalk gegeben werden.

SE Krems erklärt sich einverstanden, den Antrag um eine Runde zu schieben und ihn zur nächsten Sitzung gemeinsam mit dem STEK Wohnen zu beraten. Abschließend bittet er die Verwaltung noch um Auskunft über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der GAG und ob für dieses Areal bereits Bauanträge gestellt worden seien.

Beigeordneter Höing antwortet, Planungen existierten ausschließlich für die Unterbringung der Flüchtlinge. Inwieweit dafür schon konkrete Bauanträge gestellt worden seien, entziehe sich seiner Kenntnis.

**3.4 Schulstandort Deutzer Feld verwirklichen – Verhandlungen aufnehmen - Planungsrecht anpassen!
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2016
AN/1082/2016**

SE Krems begründet ausführlich den vorliegenden Antrag. Da es primär um planungsrechtliche Aspekte gehe, sei seines Erachtens der Stadtentwicklungsausschuss und nicht der Ausschuss für Schule und Weiterbildung zuständig.

RM Kienitz entnimmt den Ausführungen des Herrn Krems, dass bereits Planungen für die Entwicklung eines Schulstandortes existieren. Daher bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob diese überhaupt noch einen diesbezüglichen Beschluss des Ausschusses benötige.

RM Jahn erläutert, im aktuellen Schulentwicklungsplan, welcher am 13.06. veröffentlicht worden sei, habe die Verwaltung bereits den Standort Deutzer Feld vorgeschlagen. Auch gebe es hierzu bereits einen entsprechenden Beschluss der Bezirksvertretung Kalk aus dem Jahr 2015. Insofern sei sie der Ansicht, dass der nun vorliegende Antrag überflüssig sei, könne diesem aber inhaltlich zustimmen.

RM Sterck möchte in diesem Ausschuss keine schulentwicklungspolitische Entscheidung treffen und Prioritäten festlegen. Im Übrigen unterstütze er Frau Jahn in ihrer Ansicht, dass der Antrag unnötig sei, weil es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. Er bittet daher den Antragsteller den Antrag zurückzuziehen oder ihn in den Schulausschuss zu verweisen.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) bestätigt, dass bereits entsprechende Kaufverhandlungen geführt werden und sie davon ausgehe, dass zeitnah eine Beschlussvorlage in die politischen Gremien eingebracht werde.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel verdeutlicht, dieser Antrag möge als Signal an Verwaltung und Grundstückseigentümer interpretiert werden, dass seitens der Politik für dieses Areal ein Schulstandort gewünscht sei. Aufgrund der vorangegangenen Diskussion sei er aber einverstanden, den Antrag in den Schulausschuss zu verweisen und stellt dies entsprechend zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist den Antrag zur Behandlung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.5 Verkaufs- sowie Vermietungs- und Verpachtungsmoratorium im Bereich Rolshover Straße, Wiersbergstraße, Kalker Hauptstraße sowie nördlich Dillenburger Straße in Köln-Kalk
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD- und CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion vom 16.06.2016
AN/1160/2016**

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel macht auf die Neufassung vom 16.06.2016 aufmerksam.

RM Jahn begründet den interfraktionellen Antrag.

SE Krems regt an zu prüfen, ob das Gebiet über die Wiersbergstraße hinaus bis zur Kapellenstraße ausgeweitet werden könne.

SE Dr. Soénius fragt an, ob es eine Verlängerungsoption für den Mietvertrag des in Rede stehenden Unternehmens für den Fall gebe, dass dieses sich wieder fange. Ihm sei wichtig, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

RM Weisenstein bittet die Verwaltung, den seines Erachtens wichtigen Hinweis des Herrn Dr. Soénius aufzugreifen. Ferner müsse sichergestellt sein, dass entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt werden, insbesondere für den Workshop.

Beigeordneter Höing erklärt bezüglich der Anregung des Herrn Krems, dass der Radius problemlos erweitert werden könne sofern dies sinnvoll sei. Er werde dem Stadtentwicklungsausschuss hierzu zeitnah einen Vorschlag unterbreiten. Delikat seien seiner Ansicht nach Planungen zu den Hallen Kalk selbst. Auch daran werde er intensiv arbeiten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel den Antrag zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss: *(analog der Fassung im Liegenschaftsausschuss)*

Die Verwaltung wird beauftragt,

im Bereich zwischen Rolshover Straße, Wiersbergstraße, Kalker Hauptstraße sowie nördlich der Dillenburger Straße in Köln Kalk,

1. zu prüfen und darzustellen, welche im städtischen Grundbesitz befindlichen Grundstücke, die sich bislang nicht im allgemeinen Liegenschaftsvermögen befinden, in das allgemeine Liegenschaftsvermögen zu übertragen sind,
2. durch ein Verkaufs- sowie Vermietungs- und Verpachtungsmoratorium sicherzustellen, dass es bis zur Verabschiedung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes nicht zu unerwünschten Fehlentwicklungen in dem genannten Bereich kommt;
3. dem Stadtentwicklungsausschuss ein geeignetes Verfahren vorzuschlagen, welches sowohl eine Nutzungsanalyse, ein zeitnah umsetzbares städtebauliches Entwicklungskonzept und darauf beruhendes Vermarktungskonzept beinhaltet und die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen im Haushaltsplan vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

**4.1.1 Werkstattverfahren "Deutzer Hafen"
-mündliche Präsentation-**

Beigeordneter Höing berichtet mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Stand des Werkstattverfahrens zur Entwicklung des Deutzer Hafens.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Konzept zur Einrichtung eines kommunalen Ökokontos für Köln 0241/2016

RM Jahn beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Verweisung ohne Votum, weil sie die Thematik noch fraktionsintern beraten möchte.

RM Kienitz und RM Dr. Bürgermeister erklären sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt auf Nachfrage fest, dass auch die anderen Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses mit einer Verweisung ohne Votum einverstanden sind.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

5.2 Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der geplanten Ortsumgehung Meschenich (B 51n) 1568/2016

RM Jahn lobt das Vorgehen der Verwaltung und bekräftigt den Beschluss des Verkehrsausschusses.

RM Sterck schließt sich dem Lob seiner Vorrednerin an. Die Verwaltung folge einer richtigen Strategie.

Auf Wunsch des stellv. Ausschussvorsitzenden Frenzel nimmt Frau Stolte-Neumann (Amt für Straßen und Verkehrstechnik) nachfolgend zum geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen Stellung.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt zunächst den ergänzten Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Abstimmung:

1. **Beschluss:** *(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Rodenkirchen)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der Ortsumgehung Meschenich (B 51n) die als Anlage 10 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen nimmt die Vorlage 1568/2016 mit der Stellungnahme (Anl.10) zur Kenntnis und bittet den Stadtentwicklungsausschuss einen Beschluss zu fassen, der zu keiner weiteren Verzögerung der Ortsumgehung Meschenich führen wird.

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen begrüßt diese Stellungnahme der Verwaltung sehr (u.a. das Vorantreiben der eigentlichen Ortsumgehung und deren vorgeschlagene Entkoppelung von der Fortführung im 2. Bauabschnitt bis BAB-Anschluss Eifeltor) und will sie noch verstärken:

- Bei Detaillierung der vorgeschlagenen Kompromissvariante sollte dem Landesbetrieb Straßen.NRW Freiraum für Optimierungen im Sinne der vorge-

tragenen Bedenken eingeräumt werden.

**Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt gegen die SPD-Fraktion.**

Anschließend lässt stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel über die (ungeänderte) Verwaltungsvorlage abstimmen:

2. Beschluss: (*gem. Verwaltungsvorschlag*)

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Linienabstimmungsverfahren zur Fortführung der Ortsumgehung Meschenich (B 51n) die als Anlage 10 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016**

SE Röttger-Schulz verliest im Auftrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nachfolgenden Text:

„ Die stimmberechtigten Mitgliederinnen und Mitglieder in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßen den Folgebericht des Handlungskonzepts zur Kölner Behindertenpolitik 2015.

Insbesondere unterstützen wir die deutliche Bezugnahme auf die UN Behindertenrechtskonvention und die Darstellung des Menschenrechts auf gleichberechtigte Teilhabe. Es wird deutlich, dass die Bedarfe von über 80.000 Bürgerinnen und Bürgern, die Steuern zahlen und auf vielerlei Weise zum Gemeinwohl beitragen, nicht als Randgruppeninteressen betrachtet werden dürfen.

Insgesamt beurteilen wir die beschriebenen Maßnahmen positiv. Aufgrund seiner Entstehungsweise hat ein solches Konzept aber auch Grenzen. Es hinkt in Bezug auf zukünftige Planungen hinterher.

Die stimmberechtigten Mitgliederinnen und Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordern daher:

Es dürfen in Köln keine weiteren Mittel für Ausgrenzung und Barrieren verausgabt werden!

Im Sinne eines disability-mainstreaming (*jeder denkt für den anderen mit und berücksichtigt die Bedarfe des anderen*) müssen künftige Entscheidungen und Mittelfreigaben auch unter dem Aspekt einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölner Bürgerinnen und Bürger getroffen werden.

Es genügt nicht, die Geltung der UN BRK anzuerkennen, aber keine Vorkehrungen zu treffen, dass die behinderten Bürgerinnen und Bürger Kölns auch tatsächlich in den Genuss dieser Rechte kommen. Eine punktuelle „Berücksichtigung“ der Barrierefreiheit ist aus unserer Sicht nicht ausreichend.

Das „disability mainstreaming“ ist in allen Planungsprozessen unverzichtbar und muss durch geeignete Maßnahmen zur Fortbildung und Bewusstseinsbildung entwickelt werden.

In allen Ämtern des Dezernates für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr sollte analog z.B. des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik ein ausgewiesener Fachmann für barrierefreies Planen und Bauen beschäftigt sein, der sich ständig fortbildet und seine Kollegen schult.

Besonders sensible Projekte im Sinne einer inklusiven Stadtentwicklung sind aktuell die Domumgebung, die Parkstadt Süd, der Deutzer Hafen oder Querungen des Rheins. Diese Aufzählung ist nicht abschließend.

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben zu fast allen Bereichen, die im Folgebericht behandelt wurden, ergänzende Forderungen erarbeitet. Diese ergänzenden Forderungen werden nach der Sommerpause allen Gremien, die den Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik zur Beratung erhalten haben, zur Verfügung gestellt. Aus Gründen des Zeit- und Personalmangels liegen diese noch nicht abschließend vor. Hier ist erkennbar, dass eine wirksame politische Teilhabe behinderter Menschen ihre Bedingungen hat. Eine hauptamtliche Unterstützung und Begleitung ist daher unverzichtbar. Hierfür ist eine verbesserte Ausstattung des Büros des Behindertenbeauftragten mit finanziellen Mitteln und Personal erforderlich.

Ebenso ist es erforderlich, die ehrenamtlich Tätigen der Interessenvertretung mit anderen Gremien gleichzustellen und eine verbesserte Ausstattung des Büros des Behindertenbeauftragten mit finanziellen Mitteln und Personal in Angriff zu nehmen.“

SE Hegenbarth verweist auf die Mitteilung zu TOP 17.4, die auf eine Anfrage der Piratengruppe fuße. Darin seien bereits einige der von Frau Röttger-Schulz vorgetragenen Kritikpunkte aufgenommen worden.

RM Sterck fragt in diesem Zusammenhang an, ob die ursprünglichen Pläne zum „Roten Haus“, welche eine barrierefreie Anbindung des Rathauses beinhalteten, weiterhin ihre Gültigkeit hätten.

Beigeordneter Höing verneint dies. Derzeit würden Alternativen entwickelt. Dies vor allem deshalb, weil die Polizei sicherheitsrelevante Bedenken zu der bislang anvisierten Lösung angemeldet habe. Ggf. könne die Barrierefreiheit aber über den Umbau der Eingangssituation im Rathaus selbst erzielt werden.

RM Kienitz geht auf die Ausführungen von Frau Röttger-Schulz ein. Er vermute, dass die angesprochene Stellungnahme zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 12.09.16 verabschiedet werde. Seines Erachtens wäre es sinnvoll, wenn sich danach noch einmal der federführende Ausschuss, also der Ausschuss für Soziales und Senioren, mit der Thematik befassen würde.

SE Röttger-Schulz erläutert, die Stellungnahme werde frühzeitig den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat begrüßt den 2. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln

überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen – soweit erforderlich – den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2021 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und die Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

6.1.1 Gebiet "Im Kreuzfeld" jetzt entwickeln! Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2016 AN/0184/2016

Der Antrag wurde zurückgestellt.

6.1.2 Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus Antrag der FDP-Fraktion vom 03.12.2013 AN/1485/2013

Der Antrag wurde zurückgestellt.

6.1.3 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040 0857/2016

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

6.1.4 Umsetzung STEK Wohnen Hier: Beschlussvorlage Neue Flächen für den Wohnungsbau (Session-Nr. 1028/2015) 1482/2016

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**6.2 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1**

RM Weisenstein kann nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Kalk ablehne und bittet um Erläuterung.

Frau Zlonicky (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) kommt dieser Bitte nach und erklärt die Zeitabfolge anhand eines konkreten Beispiels.

RM Dr. Bürgermeister stimmt für die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu. Sie bittet die Verwaltung jedoch, zu gegebener Zeit auch Kriterien für die „Turbovariante“ zu entwickeln.

Auch RM Kienitz und RM Jahn stimmen für die CDU-, bzw. die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage zu.

SE Krems bittet die Verwaltung um eine Aufstellung, welche Vorlagen kein zweites Mal in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werden mussten, sondern wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt seien.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren künftig wie Modell A zu verfahren ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

**6.3 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
0183/2016**

RM Weisenstein begrüßt im Grunde die vorliegende Beschlussvorlage, weist aber darauf hin, dass die Blüten der dort zur Anpflanzung vorgesehenen Bäume äußerst giftig seien. Insofern halte er es für sinnvoll, den Ausschuss Umwelt und Grün im Rahmen des Konzepts „Essbare Stadt“ in die Beratungsfolge einzubinden.

RM Kienitz begrüßt von Seiten der CDU-Fraktion das beabsichtigte Vorhaben. Hierdurch werde der Stadtraum erheblich aufgewertet. Die von der Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer Beschlussfassung vorgenommenen Ergänzungen unterstütze er ebenfalls und spricht sich für eine Übernahme des Beschlusses aus.

RM Pakulat legt weiterhin Wert darauf, den Standort für die Fahrradabstellanlage von vornherein in die Planung zu integrieren. Insbesondere bei Plätzen in der Innenstadt sei dies ihres Erachtens unabdingbar. Im konkreten Fall bestehe ansonsten die Gefahr, dass die Fahrräder an den jungen Bäumen befestigt würden und sie dadurch beschädigen.

RM Dr. Bürgermeister lobt ebenfalls die zur Beratung vorliegende Beschlussvorlage und freut sich auf die Realisierung der Planung. Sie teile die Befürchtungen ihrer Vorrednerin und plädiert dafür, den Beschluss des Verkehrsausschusses zu übernehmen. Dieser sei in Bezug auf die Fahrradabstellanlagen konkreter formuliert als von der Bezirksvertretung.

RM Sterck stimmt dem zu. Nachfolgend geht er auf die Historie ein und rühmt das Vorgehen des Beigeordneten Höing, die damalige Planung zu verwerfen und das Verfahren neu zu starten. Wie sich zeige, habe sich dies gelohnt; der nunmehr vorliegende Entwurf sei hervorragend.

SE Röttger-Schulz möchte wissen, ob bezüglich der Auswahl der Bodenbeläge eine Leuchtdichtemessung durchgeführt worden sei.

Frau Stolte-Neumann (Amt für Straßen und Verkehrstechnik) bejaht dies. Die Planung sei zudem mit den Behindertenverbänden abgestimmt worden.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel stellt unter den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses Einvernehmen fest, den Beschluss des Verkehrsausschusses übernehmen zu wollen und stellt diesen zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Geänderter Beschluss: *(analog der Beschlussfassung im Verkehrsausschuss)*

1. Der Rat nimmt die Ausführungsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes mit Gesamtkosten in Höhe von 2.434.347,03 € mit folgenden Maßgaben:

Die befahrbaren Flächen werden in gebundener Bauweise ausgeführt. Die Fahrradabstellplätze werden gegenüber den Eingängen der Philharmonie platziert.

2. Der Rat nimmt die Planung der Trinkbrunnenanlage zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Kosten belaufen sich auf 56.168,00 €. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, den Brunnen nach Fertigstellung in die Liste der Zierbrunnen vom 22.11.2011 aufzunehmen und den zukünftigen Betrieb des Brunnens sicherzustellen.
3. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Kurt – Hackenberg – Platzes in Höhe von 2.490.515,03 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
Hier: Ernennung von Beiratsmitgliedern und stellvertretenden Mitglie-
dern für den Veedelsbeirat Lindweiler
0832/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat ernennt die nachfolgenden Personen zu Beiratsmitgliedern bzw. zum stellvertretenden Mitglied des Veedelsbeirates Lindweiler.

<u>Institution</u>	<u>Name Mitglied</u>	<u>Name stellv. Mitglied</u>
Sportclub Lindweiler	Dirk Bachhausen	entfällt
Bürgerschaft	Dogan Gündal	Hans-Jürgen Brause

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 216. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
der Öffentlichkeit
1508/2016**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) dargestellten Bereich zwischen der Westmole des Mülheimer Hafens, dem Südrand von Mülheim, der ICE-Bahnlinie Köln - Frankfurt im Osten und der Zufahrt zur Zoobrücke im Süden in Köln-Mülheim –Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim– eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB durch einen Aushang (Modell 1) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Ehemaliger Güterbahnhof" in Köln-Mülheim;
Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung,
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
0927/2016**

und

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 27.04.2016
AN/0818/2016**

RM Weisenstein begründet ausführlich den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und bittet um Zustimmung.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel bittet Herrn Höing um Stellungnahme zu den Inhalten des Änderungsantrages.

Beigeordneter Höing erläutert, im Rahmen des Gutachterverfahrens seien mögliche Wohnnutzungen intensiv diskutiert worden. Tatsache sei jedoch, dass in einer wachsenden Stadt auch Arbeitsplatzstandorte benötigt würden. Der entsprechende Bedarf sei vorhanden, was er sehr begrüße. Den Hotelstandort verlegen zu wollen, sei seines Erachtens nicht angezeigt, weil dies eine Unzuverlässigkeit gegenüber dem Investor darstellen würde.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) präzisiert, das in Rede stehende Areal befinde sich in unmittelbarer Nähe zu den Drahtwerken. Hierbei handele es sich um einen Industriebetrieb mit 280 Arbeitsplätzen und einer 24-Stunden-Genehmigung für 365 Tage im Jahr. Derzeit werde diese Genehmigung nicht in vollem Umfang genutzt, allerdings habe das Unternehmen glaubhaft versichert, expandieren zu wollen. Wenn man die Existenz der Drahtwerke in ihrer heutigen und künftigen Nutzungsintensität ernsthaft sichern wolle, müsse Wohnbebauung ausgeschlossen werden. Denn die Klage nur eines Anwohners könne für das Unternehmen schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Sie sei aber zuversichtlich, dass in dem südlichen Gebiet, welches zwar nicht im Geltungsbereich des B-Planes liege, aber dennoch lärmtechnisch untersucht worden sei, ein Mischgebiet festgesetzt werden könne. Dort könnten ca. 250 bis 300 Wohnungen errichtet werden.

RM van Geffen bekräftigt die Ausführungen der Verwaltung. Diese habe nachvollziehbar darlegen können, warum hier ein Gewerbestandort festgesetzt werden sollte. Aufgrund dieser seines Erachtens eindeutigen Sachlage und weil er eine Beschleunigung der Prozesse anstrebe, könne er dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nicht zustimmen. Auch stelle die von Frau Müssigmann in Aussicht gestellte verträgliche Wohnbebauung im südlichen Bereich einen guten Ausgleich dar.

RM Kienitz ist ebenfalls der Meinung, dass die Argumente für einen Gewerbestandort überzeugen. Insofern werde die CDU der Verwaltungsvorlage zustimmen.

RM Jahn dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 ihrer Anfrage zu TOP 2.5. Lediglich zu Frage 4 fehle noch eine Aussage. Obwohl ihre Fraktion an der in Rede stehenden Stelle gerne Wohnen realisiert gesehen hätte, könne sie sich

den Argumenten der Verwaltung nicht verschließen. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten, das Vorhaben aber weiterhin positiv begleiten.

RM Weisenstein stellt klar, dass es nicht darum gehe, Gewerbe auszuschließen, sondern darum, zusätzlich Wohnen zu realisieren. Dass dies möglich sei, habe mindestens die Hälfte der am Werkstattverfahren beteiligten Architekturbüros bestätigt. Ferner sei für den Hotelneubau seines Wissens noch kein VEP verabschiedet worden.

RM Sterck bedauert, dass die Grünen sich nicht mit voller Kraft für das Projekt aussprechen.

Stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel stellt zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Abstimmung:

1. Beschluss:

1. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Mülheim wird das Areal I (in der als Anlage beigefügt Karte hellblau eingefärbt) als Allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen.
Der zur Schanzenstraße hin vorgelagerte siebenstöckige Gebäuderiegel gewährt dem dahinter liegenden Allgemeinen Wohngebiet Lärmschatten und soll mit nicht störendem Gewerbe belegt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob sich der vom Investor im Areal II (dunkelblau eingefärbt) beabsichtigte Hotelbau auf dem nördlichen Teil des OSMAB-Geländes im Areal III (rosa eingefärbt) realisieren lässt.
 - a. Falls der Hotelbau im Areal III möglich ist, wird das Areal II ebenfalls als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen.
Der zur Schanzenstraße hin vorgelagerte zehnstöckige Gebäuderiegel gewährt dem dahinter liegenden Allgemeinen Wohngebiet Lärmschatten und soll mit nicht störendem Gewerbe belegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion Die Linke.

Danach stellt stellv. Ausschussvorsitzender Frenzel die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

2. Beschluss: (gem. Verwaltungsvorschlag)

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Ehemaliger Güterbahnhof" in Köln-Mülheim auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes, der als Sieger aus dem am 20.11. und 11.12.2015 als frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführten Werkstattverfahren hervorgegangen ist, einen Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten. Die Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, aus den eingegangenen Stellungnahmen, der frühzeitigen Trägerbeteiligung und den Maßgaben der Bezirksvertretung Mülheim sind dabei zu berücksichtigen. Es ist ein gewerblich geprägtes Gebiet ohne sensible Wohnnutzungen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**8.2 Städtebauliches Planungskonzept für den Bebauungsplan
Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim;
hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1599/2016**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Deutz-Areal" in Köln-Mülheim auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes, der aus dem Werkstattverfahren hervorgegangen ist, einen Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten. Die Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, aus den eingegangenen Stellungnahmen und der frühzeitigen Trägerbeteiligung sind dabei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

**9.1 Städtebauliches Planungskonzept Robertstraße in Köln-Kalk:
Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung;
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes;
Beschluss über Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens auf Grundlage von § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) (vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB
1507/2016**

RM Jahn fragt an ob es möglich sei, die Stellplätze über eine Quartiersgarage an der Rolshoverstraße nachzuweisen. Denn sollte irgendwann einmal kein Bedarf mehr daran bestehen, könnte diese leicht umgenutzt werden.

SE Krems begrüßt das Vorhaben und favorisiert aus städtebaulichen Gründen die Tiefgaragenplanung.

RM Sterck stimmt seinem Vorredner zu. Im Übrigen sei erst heute in der Presse berichtet worden, dass die Zahl der Neuzulassungen seit 2010 um 6 Prozent zugenommen habe.

Beigeordneter Höing erläutert, die Höhe des Stellplatzschlüssels werde derzeit noch geprüft. Er rate aber aus architektonischen Gründen an diesem Standort zu einer Tiefgarage.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel stellt die Vorlage in Form des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beauftragt die Verwaltung, für den Bereich Robertstraße in Köln-Kalk auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes der beiden Preisträger aus dem städtebaulichen Qualifizierungsverfahren (Mehrfachbeauftragung - Anlage 3), einen Bebauungsplan-Entwurf auszuarbeiten. Die Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Absatz 1 Baugesetzbuch [BauGB]) sind dabei zu berücksichtigen;
2. beschließt die Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens auf Grundlage von § 12 Absatz 2 BauGB (vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB für das Gebiet östlich der Robertstraße, südlich der Bebauung an der Johann-Meyer-Straße, westlich der Rolshoverstraße und nördlich der Dillenburger Straße mit dem Ziel, Wohnbebauung, öffentliche Kinderspielflächen und eine Kindertageseinrichtung festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Städtebauliches Planungskonzept "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz; Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 1591/2016

SE Krems begrüßt von Seiten der SPD die Vorlage. In der weiteren Diskussion müssten nunmehr Fragen zur besseren Integration des Marktes, zur weiteren Ansiedlung von Geschäften, zur Nutzung des Saales, etc. gestellt und geklärt werden.

RM Jahn erläutert, all diese Fragestellungen seien Teil des weiteren Verfahrens und als Anregung bereits aufgenommen worden.

Nachdem auch Beigeordneter Höing hierzu noch einmal Stellung genommen hat, stellt stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich des städtebaulichen Planungskonzeptes –Arbeitstitel: "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz– einen Bebauungsplan-Entwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 18.02.2016 gemäß der Anlagen 1 bis 6 auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.3 Städtebauliches Planungskonzept "Euroforum Nord in Köln-Mülheim, 1. Änderung";
Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1644/2016**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt die Erweiterung des Geltungsbereiches um den nördlichen Abschluss der Messeallee-Nord, östlich der Zoobrücke und südlich der ICE-Trasse,
2. beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Euroforum Nord" in Köln-Mülheim auf der Grundlage des aktuellen städtebaulichen Entwurfes einen Bebauungsplan-Entwurf zur 1. Änderung auszuarbeiten. Die Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Absatz 1 Baugesetzbuch) sind dabei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 74399/04
Arbeitstitel: Glashüttenstraße in Köln-Porz
3552/2015**

Anmerkung: die Vorlage wurde wegen Beratungsbedarfs der CDU zu Beginn der Sitzung zurückgestellt; allerdings wurde sich auch darauf verständigt, dass die SPD Fragen an die Verwaltung hierzu stellen kann.

SE Krems möchte wissen, ob sich der Lärmschutz auch auf andere Weise als durch eine Blockbebauung verwirklichen lasse. Ferner bittet er um Prüfung, ob eine Verlegung der Parkplätze von der Kita zur Jugendeinrichtung erfolgen könne. Falls an der Blockbebauung festgehalten werde, bittet er um Einbindung der Rats- und Bezirkspolitik am durchzuführenden Wettbewerbsverfahren.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, die Verwaltung habe sich mit dem Thema des Lärmschutzes intensiv befasst. Alternativ zur Blockrandbebauung könnten Lärmschutzwände errichtet werden. Aus städtebaulichen Gründen rate sie hiervon jedoch ab. Die Verlegung der Stellplätze werde derzeit geprüft. Und selbstverständlich würden die politischen Vertreter –wie auch sonst üblich- als Jurymitglieder im Preisgericht eingebunden.

10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord
0690/2016

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2016
AN/1207/2016

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel macht auf den schriftlichen Änderungsantrag der SPD-Fraktion aufmerksam.

RM Sterck spricht sich mit Blick auf die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 8) gegen den Änderungsantrag aus, weil er u.a. offensichtlich gegen geltendes Recht verstoße. Zudem müsse man erst einmal die Gestaltung der Bahnbögen klären bevor über die Bebauung des „Dreieckgrundstücks“ nachgedacht werden könne. Seines Erachtens mache es keinen Sinn, schon jetzt eine bestimmte Nutzung, in diesem Fall Wohnnutzung, festzuschreiben. Das Vorhaben, am Eigelstein ein Hotel zu errichten begrüße er außerordentlich. Dies führe zu einer Belebung des Viertels und sei für diesen schwierigen Standort die richtige Antwort. Er zweifle jedoch, ob die angedachte Wohnbebauung zum Salzmagazin hin in gleicher Höhe wie das Hotel erfolgen sollte. Dies erscheine ihm an diesem Standort überdimensioniert.

RM Kienitz schließt sich im Grunde den Worten seines Vorredners an. Die CDU werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

RM Jahn begrüßt grundsätzlich, dass die Frage des Wohnens an diesem Standort thematisiert werde. Sie halte es jedoch nicht für zielführend, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über eine Immobilien- und Standortgemeinschaft zu debattieren. Ferner müsse man berücksichtigen, dass es sich um einen VEP handle und der Vorhabenträger gar nicht über das in Rede stehende Grundstück verfüge.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel begründet im Folgenden den Antrag der SPD-Fraktion. Seiner Ansicht nach eigne sich der Eigelstein für die Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft und man möge den Vorhabenträger in seinem diesbezüglichen Ansinnen unterstützen. Der Antrag zielen darauf ab, die Wünsche der Bezirksvertretung Innenstadt rechtssicher in das weitere Verfahren einzubeziehen. Seines Wissens befinde sich die Fläche Am Salzmagazin in städtischem Besitz, weswegen der letztgenannte Einwand von Frau Jahn nicht greife.

RM Weisenstein plädiert für eine Übernahme des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt und beantragt, diesen zur Abstimmung zu stellen.

RM Sterck zeigt Unverständnis zum Antrag des Herrn Weisenstein. Die Verwaltung habe zum BV-Beschluss ausführlich Stellung genommen und klargestellt, dass er gegen geltendes Recht verstoße. Insofern stehe es für ihn gar nicht zur Debatte, hierüber abzustimmen. Bezüglich der Anregung der SPD zur Immobilien- und Standortgemeinschaft müsse er klar aussagen, dass dies nicht bebauungsplanrelevant sei. Auch fürchte er, dass sich der Eigelstein hierfür genauso wenig eigne wie der gescheiterte Versuch auf der Kalker Hauptstraße.

RM Jahn stellt klar, dass es der Bezirksvertretung Innenstadt um eine Wohnbebauung des „Gaffel-Grundstücks“ gehe und nicht um die Bebauung des „Dreiecksgrundstücks“. Insofern stellten die Ausführungen der Verwaltung zu Ziffer 3 der Stellungnahme ihrer Ansicht nach die gewünschte „Brücke“ zu den Forderungen der Bezirksvertretung dar.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel modifiziert den ersten Absatz des Änderungsantrages der SPD aufgrund der vorangegangenen Diskussion wie folgt:

„Die Verwaltung wird gebeten parallel zu prüfen, ob sich das im städtischen Eigentum befindliche Grundstück zwischen den Bahngleisen, „Am Salzmagazin“ und Eintrachtstraße für Wohnnutzung eignet um dann ggf. ein entsprechendes Verfahren einzuleiten.“

Bezüglich der Immobilien- und Standortgemeinschaft gehe es lediglich darum, diese zu begrüßen, nicht aber um deren zwingende Einrichtung.

RM Jahn beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um die Ausführungen in Anlage 8 zu ergänzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel zunächst auf Antrag der Fraktion Die Linke den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Abstimmung:

1. Beschluss: *(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Innenstadt)*

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Flurstück 750 der Flur 26 der Gemarkung Köln in Köln-Altstadt/Nord —Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord— einzuleiten mit dem Ziel, insbesondere Art und Maß des Vorhabens festzusetzen; **das Plangebiet wird um das im städtischen Eigentum befindliche Grundstück Am Salzmagazin erweitert.**
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 1 (Auslegung der Planung im Bürgeramt Innenstadt); **im erweiterten Plangebiet ist im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans am Eigelstein eine Wohnnutzung sowie am Salzmagazin eine Mischnutzung vorzusehen.**
4. beauftragt die Verwaltung, mit dem Grundstückseigentümer eine geeignete Sicherung der Durchwegung der Liegenschaft vom Eigelstein zum Salzmagazin zugunsten der Öffentlichkeit zu erarbeiten;
5. **das überarbeitete Planungskonzept ist im Zuge des weiteren Beratungsverfahrens auch der Bezirksvertretung 1 vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion Die Linke.

Danach stellt stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel den Änderungsantrag der SPD zur Abstimmung:

2. Beschluss: *(Ergänzungsantrag der SPD- Fraktion in modifizierter Form)*

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt **ergänzt**:

Die Verwaltung wird gebeten parallel zu prüfen, Das Plangebiet wird um ob sich das im städtischen Eigentum befindliche Grundstück zwischen den Bahngleisen, „Am Salzmagazin“ und Eintrachtstraße **für Wohnnutzung eignet um dann ggf. ein entsprechendes Verfahren einzuleiten erweitert.** ~~Auf diesem Grundstück ist Wohnnutzung vorzusehen.~~

Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt, dass der Vorhabenträger beabsichtigt, sich in einer Immobilien- und Standortgemeinschaft für die Entwicklung des Viertels zu engagieren und unterstützt dieses Ansinnen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel stellt abschließend den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Anmerkung von RM Jahn zur Abstimmung:

3. Ergänzter Beschluss: *(gem. Verwaltungsvorschlag mit Ergänzung)*

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Flurstück 750 der Flur 26 der Gemarkung Köln in Köln-Altstadt/Nord —Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln-Altstadt/Nord— einzuleiten mit dem Ziel, insbesondere Art und Maß des Vorhabens festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 1 (Auslegung der Planung im Bürgeramt Innenstadt);
4. beauftragt die Verwaltung, mit dem Grundstückseigentümer eine geeignete Sicherung der Durchwegung der Liegenschaft vom Eigelstein zum Salzmagazin zugunsten der Öffentlichkeit zu erarbeiten.

Die Erläuterungen der Verwaltung in Anlage 8 sind zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69454/02 Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk 1493/2016

SE Krems begrüßt von Seiten der SPD die vorliegende Verwaltungsvorlage. Sollte sich herausstellen, dass tatsächlich ein Bedarf an Kita-Plätzen besteht –wie von der Bezirksvertretung Kalk ausgeführt- müsse dies im weiteren Planverfahren berücksichtigt werden.

RM Kienitz spricht sich ebenfalls für die Verwaltungsvorlage aus. In Anbetracht der Tatsache, dass insbesondere im Stadtbezirk Kalk ein hoher Bedarf an Kita-Plätzen bestehe, bittet er die Verwaltung diesbezüglich mit der GAG zu verhandeln,

RM Pakulat kann Aussagen der Schulverwaltung nicht nachvollziehen, wonach kein Bedarf an Kita-Plätzen bestehe. Insbesondere zu solch einem fortgeschrittenen Stand der Planung sei dies ärgerlich. Neben eines Betriebskindergartens –wie von der Bezirksvertretung angeregt- bittet sie um Prüfung, ob auf dem Areal Großtagespflege angeboten werden könne.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, in Anlage 1 sei ein Alternativstandort für eine Kita aufgeführt und beschreibt die Fläche. Die GAG habe sich bereit erklärt die Kita-Frage aufzugreifen. Die Idee der Großtagespflege werde sie gerne prüfen und ggf. ebenfalls mit der GAG besprechen.

RM Jahn weist darauf hin, der Stadtbezirk Kalk sei unter Berücksichtigung der derzeitigen Ausbaupläne der Stadtbezirk mit den höchsten Bedarfen an Kita-Plätzen und der größten Unterdeckung.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel stellt die Vorlage mit den Erläuterungen aus Anlage 7 zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69454/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet östlich des Walter-Pauli-Rings, südlich der Corintostraße, westlich der Barcelona-Allee und nördlich der Geschwister-Katz-Straße (Gemarkung Kalk, Flur 21, Flurstücke 459 und 460) in Köln-Kalk —Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen;

Die Erläuterungen der Verwaltung in Anlage 7 sind zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord 1532/2016

RM Weisenstein fragt in Hinblick auf die in Änderung befindliche Stellplatzverordnung an, ob das Stellplatz-Überangebot der unmittelbaren Nachbarschaft im Plangebiet berücksichtigt werden könne.

Beigeordneter Höing erläutert, eine kurzfristige Änderung der Stellplatzverordnung sei derzeit noch nicht absehbar. Er werde jedoch das Mobilitätsthema im Laufe des Verfahrens intensiv prüfen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet Weichselring zwischen dem Rad- und Fußweg nördlich der Waldorfschule bis zur Swinestraße mit einer Tiefe von circa 210 m in östlicher Richtung in Köln-Chorweiler — Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung mit einer überwiegend viergeschossigen Bebauung mit Staffelgeschoss für circa 250 Wohneinheiten (60 % öffentlich geförderter und 40 % frei-finanzierter Wohnungsbau) mit Tiefgarage und privaten inneren Verkehrsflächen festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "Nördlich Colonia" in Köln-Neustadt/Nord
1567/2016**

RM Sterck bittet darum, in die Jury auch Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu entsenden.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet nördlich des Fernmeldeturms, östlich der Inneren Kanalstraße, südlich der Subbelrather Straße und westlich des inneren Grüngürtels (Gemarkung Ehrenfeld, Flur 70, Flurstücke 1473, 1474, 1494 und 1495) in Köln-Neustadt/Nord —Arbeitstitel: Nördlich Colonia in Köln-Neustadt/Nord— einzuleiten mit dem Ziel, Wohnbebauung festzusetzen. Grundlage für die weitere Ausarbeitung der Planung wird das Ergebnis des von der Vorhabenträgerin (Parkview Cologne GmbH) durchzuführenden städtebaulichen Qualifizierungsverfahrens.
2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
1405/2016/1

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) entschieden und gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 GO NRW genehmigt:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB einen Bebauungsplan mit Festsetzungen nach § 9 Absatz 2a BauGB für das Gebiet Julio-Goslar-Straße, Osterather Straße, Liebigstraße, Hornstraße, Lämmerstraße, Grundstücke Escher Straße 88, 90 und Grundstücke Geldernstraße 20, 22 und Escher Straße in Köln-Bilderstöckchen –Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen– aufzustellen mit dem Ziel, Einzelhandel mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten im Sinne der "Kölner Sortimentsliste" vom 17.12.2013 auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Beschluss über die Ablehnung des Antrages auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Alsdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
1407/2016

RM Kienitz spricht sich von Seiten der CDU-Fraktion für die Alternative aus.

SE Brock-Mildenberger schlägt vor, zunächst einmal die Beratungsergebnisse der nachfolgenden Gremien abzuwarten und die Vorlage anschließend erneut im Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln. Ferner weist er darauf hin, dass im Oktober letzten Jahres im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung einstimmig beschlossen worden sei, hier ein Mischgebiet festzusetzen. Er fragt an, ob dies mit dem Vorhaben überhaupt kompatibel sei.

SE Dr. Soènius spricht sich klar für die Verwaltungsvorlage aus. Wohnbebauung gefährde die dort ansässigen Gewerbebetriebe.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) antwortet in Bezug auf die Frage des Herrn Brock-Mildenberger, dass die Verwirklichung der Alternative den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes widersprechen würde.

Nach kurzer Diskussion stellt stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss eine Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien wünscht ohne einen Wiedervorlageverzicht auszusprechen und stellt dies zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zur Beratung in die Bezirksvertretung Lindenthal, den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung

Ehrenfeld und in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld, Müngerdorf, Ehrenfeld und bittet um Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen
1516/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Nachdem die Dringlichkeitsentscheidung durch die Bezirksvertretung, gemäß § 36 Absatz 5 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), entschieden und genehmigt wurde, wird gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden und gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 GO NRW genehmigt, dass:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB einen Bebauungsplan mit Festsetzungen nach § 9 Absatz 2a BauGB (Erhaltung oder Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche) für das Gebiet südlich der Grünfläche des Reitsportvereins Rodenkirchen e. V., westlich der parallel zur Bahntrasse der KVB-Linie 16 verlaufenden städtischen Grünfläche und sowohl nördlich als auch östlich der Industriestraße in Köln-Rodenkirchen –Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen– aufzustellen mit dem Ziel, Einzelhandel mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten im Sinne der "Kölner Sortimentsliste" vom 17.12.2013 auszuschließen. Das Plangebiet ist circa 29 150 m² groß.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB
Arbeitstitel: Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West in Köln-Lindenthal
1669/2016**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, für das Areal in Köln-Lindenthal, das südlich durch die Kerpener Straße, westlich durch den Lindenthalgürtel, nördlich und östlich durch weitere universitätsklinische Nutzungen begrenzt wird, –Arbeitstitel: Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West in Köln-Lindenthal– nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren einzuleiten mit dem Ziel, weitere universitätsklinische Einrichtungen zu ermöglichen;

2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Lindenthal ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Am Fettenhof in Köln-Bocklemünd
1885/2016**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**10.11 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "Casino Köln" in Köln-Deutz
1452/2016**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02
Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück
0996/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02 für das Gebiet zwischen Von-Quadt-Straße, Wiesenstraße, östlicher Grenze der Flurstücke 502, 1999, 1223 bis 1226, 962, 964, Kemperbach bis östliche Grenze des Flurstückes 980 und südlicher Grundstücksgrenze Von-Quadt-Straße 120 bis 132 a in Köln-Dellbrück —Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;
2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;

3. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67409/04**
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 1. Änderung - Schulstandort
(Hinweis: ehemals 2. Änderung)
1521/2016

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

- 12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 5843/03**
Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf
1540/2016

RM van Geffen stimmt der Vorlage zu, geht aber davon aus, dass bei Überarbeitung des EHZK voraussichtlich ein neues B-Plan-Verfahren durchgeführt werden müsse.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 5843/03 für das Gebiet südlich des Autobahnkreuzes West zwischen A 4, den Gleisen der Köln-Frechen-Benzelrather-Eisenbahn (Stadtbahnlinie 7) sowie der A 1 in Köln-Junkersdorf (Ortsteil Marsdorf) —Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Aufhebung des Einleitungsbeschlusses eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für einen Möbelmarkt Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll 1034/2016

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

15 Sonstige Satzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

17.1 Ergebnis des Wettbewerbes MesseCity 0803/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2 Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal aus der Sitzung vom 07.12.2015, TOP 8.1.4 Planung der drei beschlossenen weiterführenden Schulen im Stadtbezirk Lindenthal - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/1799/2015); hier: Stellungnahme der Verwaltung zu Unterpunkt 4. (Parkplatz P 6) 1509/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3 "Veranstaltungsreihe Kölner Perspektiven zur Strategischen Stadtent- wicklung" 1535/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.4 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäfts- ordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?" 1607/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil
1148/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.6 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung
des OLG Schleswig
1670/2016**

Frau Beckmann (KVB-AG) erläutert die vorliegende Stellungnahme der KVB zum Verbot der Mitnahme von E-Scootern.

**17.7 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Beschlussvorlage Neue Flächen für den Wohnungsbau (Session-
Nr. 1028/2015)
1758/2016**

SE Dr. Soénius bemerkt, dass die in Anlage 1 und 3 dargestellten Flächen sehr kleinteilig seien. D.h., es fehlten immer noch größere GI-Flächen.

**17.8 Neue Kölner Statistik 1/2016
Kölner Baurekord: Fast 4.000 neue Wohnungen in 2015
1899/2016**

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel lobt die Verwaltung für die eingebrachte Mitteilung.

RM van Geffen wundert sich über die Feststellung, dass im Jahr 2015 fast 30 % weniger Baugenehmigungen erteilt worden seien als im Jahr 2014 und bittet die Verwaltung um Darlegung ihrer Einschätzung zu dieser Entwicklung.

Frau Jäger (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, im Jahr 2014 seien besonders viele Baugenehmigungen für Projekte mit vielen Wohneinheiten ausgesprochen worden. D.h. 2014 sei eher ein „Ausreißer“, die Genehmigungen im Jahr 2015 lägen eher wieder im Schnitt. Zudem gebe es einen Überhang von etwa 6.000 Wohnungen, die genehmigt- aber noch nicht realisiert worden seien.

Anmerkung: Die Neue Kölner Statistik 2/2016: Thema Bevölkerung und 3/2016: Thema Kraftfahrzeuge sind der Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

**17.9 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -
selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)
1742/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.11 Vergabe städt. Gewerbe- und Industrieliegenschaften
1784/2016**

SE Dr. Soénius dankt der Verwaltung für die vorliegende Mitteilung. Er begrüße ausdrücklich, dass die Vergabe nunmehr flexibler gestaltet werde.

**17.12 Sachstand Regionale Standortsuche Frischezentrum
1929/2016**

RM van Geffen dankt der Verwaltung für die schnelle Vorlage des Berichts. Bei der Suche eines Regionalen Standortes möge jedoch die ÖKO-Bilanz berücksichtigt werden. Ferner sei eine zügige Entscheidung wichtig um das Projekt der Parkstadt Süd nicht zu gefährden. Insofern möge der Standort Marsdorf als sogenannter Plan B weiter forciert werden.

SE Dr. Soénius schließt sich den Ausführungen und dem Lob seines Vorredners an. Allerdings fehle ihm im Verfahren die intensive Einbeziehung der Betroffenen, nämlich der Kunden und der Unternehmen. In Bezug auf die Planung der Parkstadt Süd müsse berücksichtigt werden, dass voraussichtlich einige Mietverträge verlängert werden müssen. Die Unternehmen bräuchten Planungssicherheit und deshalb müsse man schon heute mit ihnen in Verhandlung treten. Denn schließlich müsse man sich darüber im Klaren sein, dass der anvisierte Zeitplan für die Verlagerung mittlerweile nicht mehr einzuhalten sei.

**17.13 Vertragsabschluss zur Ansiedlung der Zurich Gruppe Deutschland in MesseCity Deutz
1980/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.14 Bauvorhaben "Casino" am Ottoplatz in Köln-Deutz
hier: Auslobung eines begrenzten Architektenwettbewerbes
1960/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.15 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016
1347/2016**

SE Dr. Soénius zeigt sich erschrocken über die Anzahl der fehlenden Genehmigungen. So betrage dieser Anteil bei den Mega-Light-Anlagen 21 %.

Frau Ottmar (Bauverwaltungsamt) versichert, es werde kein Werbeträger ohne Genehmigung errichtet. Bei der vorgenannten Zahl handele es sich um die Differenz zur Gesamtanzahl der zugestandenen Werbeträger.

**17.16 Hallen Kalk
2082/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.17 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016**

RM Pakulat fragt an, ob es bereits eine Rückmeldung seitens der Landesregierung gebe.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel bittet um Auskunft über die Ergebnisse der Gespräche im Rahmen des InternAG am 15. Juni.

Frau Jäger geht kurz auf die Inhalte der vorliegenden Mitteilung ein und berichtet, gestern habe sie eine grundsätzlich positive Mail der Landesregierung zu den drei vorgestellten Projekten erhalten. Allerdings stehe noch eine Klärung grundsätzlicher Fragen aus.

**17.18 Erweiterung des "RheinEnergieSportparks" in Köln-Sülz; hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung der 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal und zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Erweiterung RheinEnergieSportpark"
2187/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Mündliche Anfrage von RM Roß-Belkner zu den Sportplätzen in Rondorf

RM Roß-Belkner fragt an, wann endlich eine Vorlage zum Satzungsbeschluss zu den Sportplätzen in Rondorf in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werde. Ei-

gentlich habe sie diesen bereits letztes Jahr erwartet. Ihres Wissens habe es an der Zufahrt und sie möchte wissen, ob hierfür eine Lösung konzipiert worden sei.

Herr Wolff (stellv. Leiter des Stadtplanungsamtes) erläutert, die Verwaltung (das Amt für Straßen und Verkehrstechnik) habe vor ca. 6 Wochen den Landesbetrieb Straßenbau angeschrieben und dringend darum gebeten, der vorgeschlagenen Zufahrtslösung zuzustimmen. Eine diesbezügliche Antwort stehe noch aus.

18.2 Mündliche Anfrage des SE Wortmann zum Beteiligungsverfahren Parkstadt Süd

SE Wortmann fragt mit Blick auf die nächste Veranstaltung zur Parkstadt Süd am 01.07.16 an, inwieweit das Konzept für die Bürgerbeteiligung gediehen sei und ob es zu dieser Veranstaltung vorgestellt werde.

Herr Wolff (stellv. Leiter Stadtplanungsamt) berichtet, bei der Veranstaltung am 01.07. stünden andere Themen im Vordergrund, die er im Folgenden erläutert. Er gehe davon aus, dass bis spätestens Ende des Jahres ein tragfähiges Konzept, beispielsweise zur Mobilität vorliege, welches dann der Politik und Öffentlichkeit als Diskussionsgrundlage diene. Aber auch zur Form der Bürgerbeteiligung werde am 01.07. informiert.

SE Wortmann macht darauf aufmerksam, dass er erwarte, dass dem Stadtentwicklungsausschuss eine entsprechende Konzeptvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nicht vor.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frenzel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Michael Frenzel
stellv. Ausschussvorsitzende

gez. Marianne Michels
Schriftführerin